

An die BIGE - Mitglieder
und vernetzten Selbsthilfegruppen

Annemie Wittgen
Sebastianusstr. 47
53879 Euskirchen
Tel.: 02251 / 147101
Fax: 02251 / 9834992

Bankverbindung
Kreissparkasse Euskirchen
IBAN:
DE 47 3825 0110 0001 6504 98
BIC: WELADED1EUS

info@grosselterninitiative.de
Im Januar 2018

Unsere Schwerpunkte für 2018

Liebe Mitglieder, liebe vernetzte Selbsthilfegruppen,

müssen wir eigentlich immer neue Themen zum Beginn eines Jahres aufrufen? Wir erhalten von überall Informationen, eine immense Anzahl von Bücher- und Fachliteraturhinweisen von Autoren, Verlagen und Professionen, die sich im weitesten Sinn alle mit familienrechtlichen und familienpsychologischen Fragen befassen und versuchen, darauf Antworten zu geben. Man hat dieses Gebiet auch unter wirtschaftlichen Aspekten stark entdeckt.

Wir müssen nicht überall „aufspringen“ und sollten stattdessen beharrlich versuchen, die uns seit Jahren wichtigen Themen um unsere Kinder und Enkelkinder voranzubringen. **Wir als BIGE setzen uns dafür ein, die Beziehungen zwischen Kindern, Eltern und Großeltern auch nach Trennung, Scheidung oder Familienstreit nicht abbrechen zu lassen.** So lautet die Präambel der BIGE. Wir merken, dass sich immer mehr Fachanwälte, Familienrichter und ehemalige Familienrichter, Bundestagsausschüsse, Fachzirkel und Politiker dazu zu Wort melden. Das ist gut so, zumal dann, wenn sie unsere Anliegen unterstützen!

Das Umgangsrecht nach § 1685 BGB ist in dieser neuen Bundestags-Wahlperiode von uns und den mit uns vernetzten SHG sowohl bei dem Petitionsausschuß als auch der Kinderkommission – einem Unterausschuß des Familienausschusses – angesiedelt worden! **Daher wäre es richtig und wichtig, wenn viele betroffene Großeltern sich an die Bundestagsabgeordneten ihres Wahlkreises mit der Bitte um Unterstützung wenden würden.** Die Adressen findet man im Internet, auch zu den Ausschußmitgliedern. Übrigens fordern Experten, dass der Unterausschuß Kinderkommission, der eine gute Arbeit leistet, ein VOLLAUSSCHUSS werden sollte.

Der von der FDP eingereichte Antrag, das Doppelresidenzmodell zum Regelfall zu erklären, wird wohl im Bundestag nach der jetzigen ersten Anhörung bei den Koalitionsparteien CDU/CSU/SPD leider keine Mehrheit finden. Die Redebeiträge können im Internet aufgerufen werden. Die Koalition fordert aber wenigstens eine verbesserte Familienrichterausbildung und eine Qualifikation von Verfahrensbeauftragte.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Annemie Wittgen gez. Ingo Botterbrodt

